

Moderne POLIZEI

4 / 2020

- **Ausrüstung und internationale Polizeimissionen:
robust – sicher – grenzüberschreitend**

INTERNATIONAL POLICE TEAM



EINSATZ? BEREIT!



FORD S-MAX

Innenstadt, Feldweg oder Tiefgarage, wo auch immer der nächste Einsatz ist, der Ford S-MAX Funkstreifenwagen ist für jeden Ort bereit. Er überzeugt mit kompakten Außenmaßen, hoher Zuladung, dynamischem Fahrverhalten, optionalem Allradantrieb sowie reichlich Platz für Ausrüstung, Fahrer und Kollegen. Zusammen mit der in die Fahrzeugarchitektur integrierten Polizeitechnik macht ihn das zum optimalen Arbeitsplatz – nicht nur im Einsatz.

Mehr auf ford.de/geschaeftskunden

Ford

BEREIT FÜR
MORGEN

Inhalt

Internationale Missionen

Komplexe UN-Polizeiarbeit im digitalen Zeitalter

- *Dr. Annika S. Hansen, Zentrum für Internationale Friedenseinsätze, Berlin* Seite 5

Internationale Polizeimissionen – ein unverzichtbarer Beitrag zur Inneren Sicherheit

- *Dr. Christoph Ehrentraut, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat* Seite 8

Es führt kein Weg daran vorbei

- *Dr. Irene Mihalic, MdB, Bündnis 90/Die Grünen* Seite 10

Bundespolizei im Ausland – warum?

- *Yvette Michel, Bundespolizeipräsidium* Seite 12

Der Wert unserer Missionen

- *Susanne Mittag, MdB, SPD* Seite 14

Für den Weltfrieden

- *Michael Schemke, Inspekteur der Polizei NRW,
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft „Internationale Polizeimissionen“ (AG IPM)* Seite 16

Internationale Polizeimissionen aus Sicht einer Polizeihochschule

- *Robert Nerud, Institut für Fortbildung der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg* Seite 18

Aus- und Fortbildung sowie Forschung an der DHPol

- *Lars Wagner, Leiter des Fachgebiets „Internationale Polizeiliche Beziehungen“
an der Deutschen Hochschule der Polizei* Seite 20

Ausrüstung

Gesetzesbrechern mit Pedelecs auf der Spur

- *Roger Lewentz, Staatsminister im Ministerium des Innern und für Sport
des Landes Rheinland-Pfalz* Seite 22

Bodycams sind Mittel der Deeskalation

- *Peter Beuth, Hessischer Minister des Innern und für Sport* Seite 24

Außentragehüllen erhalten

- *Konrad Herkenrath, Abteilungsleiter für "Polizei; Brand- und Katastrophenschutz"
im Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern* Seite 26

Impressum

Dieses Magazin wird von der Behörden Spiegel-Gruppe, ProPress Verlagsgesellschaft mbH Bonn/Berlin, verlegt.

Herausgeber: Uwe Proll

Redaktion: Marco Feldmann (Leitung), Jörn Fieseler

Autoren: Peter Beuth, Christoph Ehrentraut, Annika S. Hansen, Konrad Herkenrath, Roger Lewentz, Yvette Michel, Dr. Irene Mihalic, Susanne Mittag, Robert Nerud, Michael Schemke, Lars Wagner

Verlagshaus Bonn: Friedrich-Ebert-Allee 57, D-53113 Bonn, Telefon: +49/228/970970, Fax: +49/228/97097-75

Hauptstadtbüro Berlin: Kaskelstr. 41, D-10317 Berlin, Telefon: +49/30/557412-0, Fax: +49/30/557412-57

E-Mail: verlag@behoerderspiegel.de

Layout und Herstellung: Spree Service- und Beratungsgesellschaft m.b.H.

Druck: Heider Druck GmbH, Bergisch Gladbach

Titelfoto: BS/Wedemeyer unter Verwendung von © yustus, stock.adobe.com; © wetzka, stock.adobe.com; © Horsepowermini, stock.adobe.com;

Verkaufspreis: 5 €

© 2020 Verlagsgesellschaft Bonn/Berlin

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

► Uwe Proll, Chefredakteur und Herausgeber des Behörden Spiegel

nicht nur im Inland – Stichworte Amokläufe und Terroranschläge – verändern sich die Einsatzszenarien für Polizeien massiv. Auch im Ausland, im Rahmen internationaler Polizeimissionen, müssen sich die Beamten auf immer robustere Situationen einstellen. An diesen beteiligt sich die Bundesrepublik bereits seit über drei Jahrzehnten. Zunächst nur mit dem damaligen Bundesgrenzschutz, ab 1994 auch mit den Polizeien der Länder und dem Zoll. Doch das Engagement deutscher Polizistinnen und Polizisten im Ausland ist inzwischen stark zurückgegangen. Dabei ist die Beteiligung an internationalen Missionen ein wichtiges Element deutscher Außenpolitik – und ein unverzichtbarer Beitrag zur Inneren Sicherheit in Europa und Deutschland. So wie auch die Verteidigung Deutschlands am Hindukusch, beginnen auch die Gefahrenabwehr und der stetige Kampf gegen Organisierte Kriminalität und Terrorismus in Krisenregionen und fragilen Staaten. Hier können und müssen deutsche Polizisten durch Ausbildung, Beratung und Ausstattung vor Ort unterstützen.

Dafür braucht es eine zeitgemäße Ausrüstung. Denn der Schutz der Polizeikräfte hat im Inland wie im Ausland oberste Priorität. Sowohl bei persönlicher Schutzausrüstung als auch bei Fahrzeugen und technischen Kommunikations- und Einsatzmitteln. Dabei darf die Mobilität – etwa aufgrund zu schwerer Ausrüstungsgegenstände – keinesfalls eingeschränkt werden oder gar gänzlich verloren gehen. Außerdem muss die Ausstattung immer zu den klimatischen Bedingungen vor Ort passen. Bei Einsätzen in warmen Ländern kann dies durchaus eine große Herausforderung darstellen.

Ausrüstung und Gerät werden jedoch nicht nur für den Auslandseinsatz beschafft, sondern auch für den Gebrauch in der Heimat. Denn leider gehören Angriffe auf Polizisten inzwischen zur Tagesordnung. Des Weiteren muss auch die Polizei in Zusammenhang mit dem Klimawandel mit anderen Verkehrsmitteln im städtischen Bereich neue Wege gehen.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen in diesem Sinne
Ihr

Uwe Proll

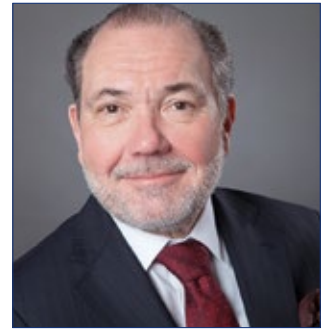


Foto: Nicole Schnitfincke

Komplexe UN-Polizeiarbeit im digitalen Zeitalter

► Dr. Annika S. Hansen

Die Arbeit der Polizei in UN-Friedenseinsätzen (UNPOL) ist vielfältig und entwickelt sich kontinuierlich weiter. Nach wie vor sind Polizeikräfte im UN-Kontext vor allem in den großen multidimensionalen Missionen eingesetzt und seltener in dezidierten Polizeimissionen. Gleichzeitig hat sich hier ihre Rolle verändert, es gibt immer neue Schwerpunktthemen, zum anderen stellt sich auch für UNPOL die Frage, wie neue, digitale Technologien in ihrer Arbeit genutzt werden können.

Am 31. August 2020 waren laut den Vereinten Nationen 8.890 Polizeibeamte in zwölf UN-Friedenseinsätzen eingesetzt (davon elf deutsche Beamte), die geringste Anzahl seit dem Jahreswechsel 2006/2007 und weit entfernt vom Höchststand von 14.703 im März 2011. Der Rückgang ist zurückzuführen auf die Schließung der UN-Mission in Haiti, die 2011 noch aus 3.600 Beamten bestand, und einer Reduktion der Polizeistärke in der Darfur-Mission, UNAMID, von 5.000 auf heute 2.100. Die Schließung anderer Einsätze mit einer starken Polizeikomponente in Liberia, Osttimor und Côte d'Ivoire wurde grob ausgeglichen durch den Start der drei aktuell größten UNPOL-Einsätze in Südsudan (2011), Mali (2013) und der Zentralafrikanischen Republik (ZAR – 2014). Zusammen mit der Polizeikomponente in der Demokratischen

„DIE SCHNITTSTELLE VOM SCHUTZ DER ZIVILBEVÖLKERUNG, DER BÜRGERNAHEN POLIZEIARBEIT (COMMUNITY POLICING) UND DEM KAPAZITÄTSAUFBAU IST UND BLEIBT KERN DER POLIZEIARBEIT IN UN-FRIEDENSEINSÄTZEN.“

Republik Kongo und den in Darfur verbleibenden Kräften machen diese fünf Missionen 98 Prozent der derzeit entsandten Polizeibeamten aus. Die Zahlen spiegeln die veränderte Rolle von UNPOL mit den zwei Hauptaufgaben – Schutz der Zivilbevölkerung und Aufbau lokaler Polizeikapazitäten – wider. So hat der wachsende Fokus auf den Schutz der Zivilbevölkerung dazu geführt, dass sich der Anteil geschlossener Polizeieinheiten (Formed Police Units – FPU) gegenüber einzelnen Beamten (Individual Police Officers – IPOs) signifikant erhöht hat. Im März 2011 lag dieser noch bei 52 Prozent; heute machen geschlossene Einheiten über drei Viertel der Polizeikomponenten aus.

Transitionen zentral

Das Thema Transitionen bewegt nicht nur UNPOL, aber dieser kommt eine besonders zentrale Rolle zu. Dabei geht es um die Frage, wie ein Friedenseinsatz beendet werden kann, ohne die Nachhaltigkeit des Erreichten zu gefährden oder den Rückfall in einen Konflikt zu verantworten. Oftmals ist es die langfristige Förderung der Rechtsstaatlichkeit, die über eine Mission hinaus fortgeführt werden muss. In manchen Fällen setzt sich die Arbeit in einer neuen, aber anders ausgerichteten Folgemission fort. So bemüht sich UNPOL aktuell darum, in Sudan die Kontinuität im Übergang des Blauhelmeinsatzes UNAMID zu einer neuen politischen Mission UNITAMS zu sichern und die Erfolge im Aufbau der haitischen Polizei im Rahmen der kleinen, politischen Mission BINUH zu untermauern. In anderen Fällen wird z. B. die Aufbauarbeit nach



Zwölf Friedenseinsätze haben die Vereinten Nationen im Sommer 2020 durchgeführt, in denen fast 9.000 Soldaten eingesetzt waren. Die deutsche Beteiligung fiel sehr gering aus.

Foto: Lafoudre, stock.adobe.com

Abzug des Friedenseinsatzes durch Partnerorganisationen sowie das UN-Entwicklungsprogramm und durch lokale Kräfte weitergeführt, wie in Liberia oder der Elfenbeinküste. Dort ist Nachsicherung gleichzeitig Konfliktprävention.

Die Schnittstelle vom Schutz der Zivilbevölkerung, der bürgernahen Polizeiarbeit (Community Policing) und dem Kapazitätsaufbau ist und bleibt Kern der Polizeiarbeit in UN-Friedenseinsätzen. So wird der Austausch mit der lokalen Bevölkerung im Alltag, wie etwa auf Märkten in ZAR, zu deren Sicherheitsfragen als Teil eines präventiven Ansatzes beim Schutz der Zivilbevölkerung gesehen. Die Entwicklung technischer Fähigkeiten zur Analyse von Fingerabdrücken durch die malische Polizei gehört genauso zum Schutzmandat wie gemeinsame Patrouillen mit der Polizei in Gao. Die Risiken, die durch die Verbreitung von Hate Speech und Falschinformationen über digitale Medien entstehen, prägen auch das Umfeld von Friedenseinsätzen. UN-Friedenseinsätze – unter Mitwirkung von UNPOL – haben Fortschritte bei der systematischen Nutzung von Daten und der Erarbeitung eines gemeinsamen Lagebildes zum Zwecke des Eigenschutzes, aber auch der Frühwarnung bei

„EIN BESONDERES AUGENMERK LIEGT SEIT ÜBER ZEHN JAHREN AUF DER ROLLE UND DER ANZAHL VON FRAUEN IN UN-POLIZEIKOMPONENTEN, DEREN EINBINDUNG ALS ZENTRALER ERFOLGSFAKTOR FÜR DIE MANDATSUMSETZUNG GILT.“

aufflackernden Konflikten gemacht. Digitale Technologien werden unterstützend auch beim Aufbau von Polizeikapazitäten zur Hilfe genommen, wie etwa bei der Errichtung eines Crime Data Analysis Labs für die Polizei in Südsudan.

Ein besonderes Augenmerk liegt seit über zehn Jahren auf der Rolle und der Anzahl von Frauen in UN-Polizeikomponenten, deren Einbindung als zentraler Erfolgsfaktor für die Mandatsumsetzung gilt. Das Geschlechterverhältnis ist auch Gegenstand der UN Uniformed Gender Parity Strategy von 2018, welche konkrete Ziele setzt und notwendige Maßnahmen zu deren Erreichen bis 2028 beschreibt. Bei UNPOL trägt langjähriges Engagement Früchte: bei IPOs machen Frauen inzwischen 28,7 Prozent und bei den FPUs elf Prozent der Polizeistärke aus. Ob dies nachhaltiger Fortschritt ist, hängt entscheidend davon ab, dass Mitgliedsstaaten

Anteile einzelner Polizeibeamter (IPO) und geschlossener Polizeieinheiten (FPU) an den UN-Friedensmissionen

Mission	Individual Police Officers (IPO)			Formed Police Units (FPU)			Gesamt (IPO & FPU)			Gesamt UNPOL
	M	W	% W	M	W	% W	M	W	% W	
BINUH	7	2	22,2	0	0	--	7	2	22,2	9
MINURSO	0	1	100	0	0	--	0	1	100	1
MINUSCA	243	101	29,4	1.525	142	8,5	1.768	243	12,1	2.011
MINUSMA	193	75	28,0	1.291	155	10,7	1.484	230	13,4	1.714
MONUSCO	178	76	29,9	772	126	14,0	951	202	17,5	1.153
UNAMID	341	108	24,1	1.518	108	6,6	1859	216	10,4	2.075
UNFICYP	42	23	35,4	0	0	--	42	23	35,4	65
UNISFA	24	11	31,4	0	0	--	24	11	31,4	35
UNMIK	5	2	28,6	0	0	--	5	2	28,6	7
UNMISS	427	184	30,1	927	216	18,9	1354	400	22,8	1.754
UNSOM	8	4	33,3	0	0	--	8	4	33,3	12
UNVMC	35	19	35,2	0	0	--	35	19	35,2	54
Gesamt	1.503	606	28,7 %	6.033	747	11,0 %	7.537	1.353	15,2 %	8.890
	71,3 %			89,0 %			84,8 %			
Anteil IPO-FPU	2109 (23,7 %)			6780 (76,3 %)						

weiter Frauen für (Führungs-)Positionen in Missionen nominieren. Das betrifft vor allem den Schutz gegen und die Prävention von sexualisierter Gewalt, welche seit Jahren ein Fokus der UN-Polizei sind und z.B. durch Training der kongolesischen Polizei in MONUSCO oder Workshops für Polizistinnen in Darfur umgesetzt werden. Auch beim Kapazitätsaufbau wird auf die Integration von Geschlechterperspektiven in der Arbeit der nationalen Polizei z. B. in der ZAR geachtet. Auch bei einer zunehmenden Nutzung von Daten wird es wichtig sein, diese so aufzuschlüsseln und auszuwerten, dass die Auswirkung eines Konflikts auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, auch Frauen, sowie deren Bedürfnisse besser erfasst und berücksichtigt werden kann.

Covid-19 hat auch die Arbeit der UN-Polizei nicht unberührt gelassen und ist in die Umsetzung der Mandate integriert worden. So unterstützt UNPOL Behörden in Mali bei der Virusbekämpfung und die nationale Polizei in Abyei und der DR Kongo dabei, die Bevölkerung für Schutzmaßnahmen zur Eindämmung des Virus zu sensibilisieren. In Südsudan hat Covid-19 zu einer steigenden Zahl von Übergriffen auf Mädchen und junge Frauen geführt. Die UNMISS-Polizei versucht, dieser Entwicklung mit weiterem

Training zur Handhabung von Fällen sexualisierter Gewalt und Sensibilisierung im Verhalten gegenüber Opfern entgegenzuwirken.

Was bereits in diesen wenigen Beispielen sehr deutlich wird: Digitale Technologien sind auch für die UN-Polizei integrierter Teil der kontinuierlichen Weiterentwicklung, der in Zukunft an Bedeutung weiter gewinnen wird.



Dr. Annika S. Hansen ist Senior Researcher und stellvertretende Leiterin der Abteilung Analyse am Zentrum für Internationale Friedenseinsätze in Berlin.

Foto: Fotostudio Charlottenburg

3M Science.
Applied to Life.™

Gezieltes Training gibt Sicherheit im Ernstfall das Richtige zu tun.

In der Ruhe liegt die Kraft.

3M™ PELTOR™ Gehörschutzlösungen sorgen für Ruhe und Sicherheit bei Impulslärm und schaffen damit die Basis für ein souveränes Schiess-Training.



3M™ PELTOR™ Kommunikations-Lösungen zur Verständigung mit dem Schiess-Trainer.



3M™ PELTOR™ Schutz ohne Kommunikation

Mehr Informationen und Bestell-Option:
<http://go.3M.com/polizeitraining>

Internationale Polizeimissionen – ein unverzichtbarer Beitrag zur Inneren Sicherheit

► Dr. Christoph Ehrentraut

Seit 1989 beteiligt sich Deutschland an internationalen Friedens- und Polizeimissionen der VN, der EU und der OSZE – zunächst mit dem Bundesgrenzschutz, ab 1994 auch mit den Länderpolizeien und dem Zoll.

Zu diesem Zweck arbeitet das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) vertrauensvoll mit den Ländern in der AG Internationale Polizeimissionen zusammen: Kern ist die für die Länderbeteiligung durch IMK-Beschluss vereinbarte Entsen-

Verknüpfung von Äußerer und Innerer Sicherheit. Zugleich werden Maßnahmen zur Begrenzung illegaler Migration getroffen: Indem EU-Missionen in ihr Mandat, was vom BMI stark befürwortet wurde, auch die Unterstützung von Grenzbehörden aufnehmen – so in Mali, Niger und Libyen als Schlüsselstaaten auf den Migrationsrouten. Und indem der Auf- und Ausbau der Sicherheitsbehörden das Vertrauen der Bevölkerung in den eigenen Staat stärkt und „Push-Faktoren“ für Migration entgegengewirkt.

Natürlich ist die Einwirkungsmöglichkeit der internationalen Gemeinschaft in Drittstaaten begrenzt – wie auch die des bilateralen German Police Project Teams, das seit 2002 den Aufbau der zivilen Polizei in Afghanistan unterstützt: nicht nachhaltig und durchdringend, zu langsam, wenig effizient – so mitunter die Kritik. Aber: Was wären die Konsequenzen, wenn Europa und Deutschland nicht in diesen Staaten beim

Aufbau und der Reform der Sicherheitsbehörden unterstützen würden? Die Bundeskanzlerin hat in ihrer Grußbotschaft zum 75-jährigen Bestehen der VN gefolgert: „Doch wer meint, allein besser zurechtzukommen, der irrt. Unser Wohlergehen ist ein geteiltes. Und unser Leid auch. Wir sind eine Welt. Die Coronavirus-Pandemie ist nur ein Beispiel, das zeigt, dass globale Probleme über Ländergrenzen hinweg und auf allen Ebenen Verständigung und Zusammenarbeit erfordern.“

„DIE SICHERHEITSPOLITISCHEN INTERESSEN DEUTSCHLANDS UND SEINE INTERNATIONALE VERANTWORTUNG SPRECHEN FÜR EINE DEUTLICHE STEIGERUNG DER BETEILIGUNG AN MISSIONEN.“

derung von Polizisten(inn)en mit einer personellen Zielquote von 1/3 (Bund) und 2/3 (Länder), was durch ein dichtes Netz von gemeinsamer Vorbereitung, Einsatzbegleitung und Nachbereitung getragen wird. Auf Bundesebene liegt der Beteiligung an Missionen ein Kabinettsbeschluss zugrunde. Bei der Planung des Einsatzes und seiner Durchführung stimmt sich das BMI eng mit dem Auswärtigen Amt, das die politische Federführung hat, mit dem Bundesministerium der Verteidigung, dessen Soldaten(inn)en häufig im selben Einsatzgebiet sind, und mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, das Projekte der Entwicklungszusammenarbeit durchführt, ab – eine Kooperation, von der auch die Polizisten in den Einsatzgebieten profitieren.

Innere Sicherheit und Migrationssteuerung

Der Einsatz deutscher Polizisten in internationalen Missionen ist ein wichtiges Element deutscher Außenpolitik – und ein unverzichtbarer Beitrag zur Inneren Sicherheit in Europa und Deutschland. Der Aufbau von an rechtsstaatlichen Grundsätzen und den Menschenrechten orientierten Sicherheitsbehörden in Krisenregionen und fragilen Staaten, bei dem deutsche Polizisten durch Ausbildung, Beratung und Ausstattung unterstützen, hilft, Gefahren durch Organisierte Kriminalität (OK) und Terrorismus vorzubeugen und einzudämmen – ein Paradebeispiel für die

Vorverlagerungsstrategie

Die Beteiligung an internationalen Polizeimissionen ist die konsequente Anwendung und „geografische Endstufe“ der Vorverlagerungsstrategie, die das Handeln der Bundespolizei prägt. Einsätze müssen nicht nur im Landesinneren und im Binnen-Grenzraum, nicht nur durch die Beteiligung an Frontex-Einsätzen an den EU-Außengrenzen, nicht nur durch die Entsendung von Verbindungsbeamten, Grenzpolizeilichen Unterstützungsbeamten sowie Dokumenten- und Visaberatern in Transit und Herkunftsstaaten in und außerhalb Europas erfolgen – sondern auch unmittelbar in den Sicherheitsbehörden der Krisenregionen und fragilen Staaten selbst durch Beteiligung an Polizeimissionen. Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit wird ohne starkes personelles Engagement außerhalb Deutschlands und Europas nicht funktionieren.

Herausforderungen: quantitativ

Deutschland beteiligt sich aktuell mit 64 Polizisten(inn)en an sieben EU- und drei VN-Missionen. Aber auch wenn man den Corona-bedingten Personalrückgang in den Missionen berücksichtigt, die ab 2021 umfangreiche und verpflichtende Personalgestellung für Frontex, die französischen Sprachanforderungen für Missionen in Afrika und den Wandel von personalintensiven Trainingsmissionen in strategische Beratungsmissionen: Die sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands und seine internationale Verantwortung sprechen für eine deutliche Steigerung der Beteiligung an Missionen – was das Leistungsprofil und das Potenzial der deutschen Polizeien auch ermöglicht, zumal nach den Stellenzuwächsen der letzten Jahre. Dies ist auch Auftrag des Koalitionsvertrags und Ziel von Maßnahmen zur Verbesserung der Rekrutierung und Qualifikation in den Polizeien des Bundes – und auch der Länder, mit denen sich das BMI auch zur Ausgestaltung eines stärkeren finanziellen Engagements des Bundes bei deren Personalentsendungen abstimmt.

...und qualitativ...

Und es geht um Führungspositionen: Deutschland hatte in den letzten Jahren einige Spitzenpositionen in internationalen Missionen und Organisationen inne: Den Polizeiberater des VN-Generalsekretärs, den Leiter der Ständigen Einsatzreserve der VN-Polizei, die Head-of-Mission- bzw. Police-Commissioner-Stellen im Irak, Somalia und Rafah. Damit das auch in Zukunft gelingt und nicht nur das

„DIE BETEILIGUNG AN INTERNATIONALEN POLIZEIEMISSIONEN IST DIE KONSEQUENTE ANWENDUNG UND ‚GEOGRAFISCHE ENDSTUFE‘ DER VOR-VERLAGERUNGSSTRATEGIE, DIE DAS HANDELN DER BUNDESPOLIZEI PRÄGT.“

Ergebnis persönlichen Engagements und individueller ministerieller Unterstützung ist, bedarf es in den Polizeien in stärkerem Maße langfristiger Personalplanungs- und Förderungskonzepte für Auslandsverwendungen insgesamt – von der Ausbildung über Weiterverwendungen bis zur Besetzung von Spitzenpositionen, jeweils im sinnvollen Wechsel mit nationalen Verwendungen.

...und international

Verbesserungsbedarf gibt es auch auf internationaler Ebene. Resolutionen zum VN Policing enthalten ebenso wie Ratsbeschlüsse der EU zur zivilen Krisenprävention viel Richtungweisendes. Aber die Abstimmung und Umsetzung konkreter Vorhaben in den Gremien und das Durchdringen auf die operative Ebene gelingen nicht immer. So muss z. B. das Vorgehen von Missionen

als Teil der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU und des Handelns der Agenturen Frontex und Europol als Teil der EU-Innenpolitik (besser) koordiniert werden. Dies betrifft vor allem die Rekrutierung des Personals – der Polizisten und Polizistinnen der Mitgliedsstaaten – und die Mandate in den Einsatzländern, z. B. bei der Ausbildung und Beratung der Grenzpolizeien. Hierzu wird die deutsche Ratspräsidentschaft im Rat der Innenminister Impulse setzen.

Gutes noch besser zu machen, das muss der Anspruch Deutschlands bei der Beteiligung an und der Fortentwicklung von internationalen Polizeimissionen sein.



Ministerialrat Dr. Christoph Ehentraut

leitet das Referat "Internationale Grenzpolizeiliche Angelegenheiten; GSt AG IPM" im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI).

Foto: privat



Wir von KRD tun alles dafür, dass Sie auch schwierige Einsätze durchstehen und gesund nach Hause kommen. Weltweit. Zum Beispiel mit Kunststoff-Sicherheitsverschiebungen für Ihre Einsatzfahrzeuge – in überlegener Verbund-Ausführung. Jetzt auch mit Hitzeblocker für heiße Tage. Vorteil Verbund!

KASIGLAS®: Wir schützen die, die uns beschützen.



info@kasiglas.de · www.kasiglas.de · +49 4152 8086-0

Es führt kein Weg daran vorbei

► Dr. Irene Mihalic

Aktuell stehen insbesondere internationale Polizeieinsätze im Fokus, die dem Aufbau oder Wiederaufbau rechtsstaatlicher Strukturen der zivilen Inneren Sicherheit im jeweiligen Land dienen. Dabei geht es vielfach um zentrale Weichenstellungen, die weit über die jeweilige Region ausstrahlen, und deutsche Polizistinnen und Polizisten leisten in diesen Missionen einen eminent wichtigen Beitrag für mehr Sicherheit und mehr Gerechtigkeit in der Welt und ich fürchte, dass der Bedarf daran auf absehbare Zeit hoch bleiben wird.

Die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit das persönliche Engagement, ohne das keiner dieser Einsätze funktionieren würde, nicht verloren geht, muss daher ein gewichtiges Anliegen der Politik sein. Das heißt auch, die arbeits-, versicherungs- und besoldungsrechtlichen Bedingungen für die entsendeten Polizistinnen und Polizisten weiter zu verbessern. Um gezielte Maßnahmen der Anwerbung werden wir dennoch nicht herumkommen, allein um die bereits gemachten Zusagen im Hinblick auf deutsche Kontingente in absehbarer Zeit einhalten zu können. Hilfreich wäre außerdem, wenn es bereits im Vorfeld entsprechender Einsätze mehr Sprachförderung und spezielle konflikt-, kultur- und gendersensible Trainings gäbe. Erreichbar sind diese Ziele, denn Luft nach oben ist noch da. Das gilt nicht zuletzt auch für den Frauenanteil, der bei den deutschen Beteiligten an internationalen Polizeieinsätzen im Jahr 2018 bei nur 12,9 Prozent und damit noch leicht unter dem Vorjahreswert lag.

Internationale polizeiliche Zusammenarbeit stärken

Jede weitere Institutionalisierung und Professionalisierung im Hinblick auf polizeiliche Auslandseinsätze trägt dabei auch dazu bei, die nationalen Rahmenbedingungen für die internationale polizeiliche Zusammenarbeit zu stärken. Gerade letzteres ist auch deshalb wichtig, weil wir absehbar viel häufiger und intensivere delikt- oder phänomenbereichsbezogene polizeiliche Zusammen-

*„UNTÄTIGKEIT IN DIESEM BEREICH
KÖNNEN WIR UNS JEDENFALLS SCHON
LANGE NICHT MEHR LEISTEN.“*

arbeit brauchen werden, denn nur so ist Verbrechensbekämpfung vielfach tatsächlich effektiv. Beispielhaft möchte ich hier die Umweltkriminalität nennen. Durch Straftaten wie Wilderei, Raubbau oder illegale Abfallentsorgung entstehen große Schäden an der

„UM GEZIELTE MASSNAHMEN DER ANWERBUNG WERDEN WIR DENNOCH NICHT HERUMKOMMEN, ALLEIN UM DIE BEREITS GEMachten ZUSAGEN IM HINBLICK AUF DEUTSCHE KONTINGENTE IN ABSEHBARER ZEIT EINHALTEN ZU KÖNNEN.“

Natur, die die erzielten Profite in der Regel noch um ein Vielfaches übersteigen. Nur wenn allen Verbindungen nachgegangen wird, können solche Straftaten und insbesondere die zerstörerischen Geschäftsmodelle hinter der einzelnen Tat wirksam bekämpft werden. Anderenfalls suchen sich unbehelligte Beteiligte höchstens neue Wege und knüpfen andere Kontakte, wobei das kriminelle und zerstörerische Potenzial weitgehend erhalten bleibt. Verbrechen gegen die Umwelt finden heute außerdem in erheblichem Maße gerade in Regionen statt, in denen der Verfolgungsdruck aufgrund monomaner oder struktureller Schwierigkeiten gegenwärtig oder dauerhaft gering ist. Betroffene Staaten sollten hier in besonderem Maße auf die solidarische Unterstützung aller übrigen Staaten zählen können. Schließlich ist die Umwelt ein über alle Grenzen hinweg vernetztes System und im eigentlichen Sinne ein sogenanntes öffentliches Gut, das allen Menschen zusteht und für das wir gemeinsam Verantwortung tragen.

Verschlechterung kann existenzbedrohend werden

Die hier nötigen, teilweise gegebenenfalls auch neuen Formen der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit zu schaffen und weiterzuentwickeln, wird eine große und wichtige Zukunftsaufgabe sein. Untätigkeit in diesem Bereich können wir uns jedenfalls schon lange nicht mehr leisten, schließlich sind die elementaren Lebensgrundlagen unseres Planeten inzwischen derart gefährdet und unter Druck, dass jede weitere Verschlechterung existenzbedrohend werden kann.

Dass Verbrechen bewusst dort begangen werden, wo die Entdeckungs- und Verfolgungswahrscheinlichkeit vonseiten der Täter als gering eingeschätzt werden, führt in einer globalisierten Welt im Übrigen fast zwingend dazu, dass sich auch Deliktbereiche internationalisieren. Sich vorzustellen, dass hier eine Entwicklung am Werk ist, die der legalen Wirtschaft gar nicht unähnlich ist, trifft sicher in vielen Bereichen zu. Es ist daher an der Zeit, auch

die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden entsprechend international aufzustellen. Selbst nationalistisch gesinnter rechter Terrorismus ist, wie wir heute wissen, in Deutschland längst international vernetzt. Internationale Polizeimissionen leisten dabei von jeher in allen Terrorismusfeldern einen wichtigen Beitrag zur Terrorismusbekämpfung, nicht zuletzt, indem sie Rekrutierungs- und Rückzugsräume schließen. Auch im Hinblick auf das organisierte Verbrechen gibt es insofern viel zu tun – vor der eigenen Haustür und global. An verstärkter internationaler polizeilicher Zusammenarbeit führt jedenfalls auch unter Präventionsgesichtspunkten kein Weg vorbei.



Dr. Irene Mihalic, MdB, ist Sprecherin für Innenpolitik der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen.

Foto: Stefan Kaminski

Beginnen Sie die Transformation Ihrer Behörde – mit Digital-Intelligence-Lösungen von Cellebrite

► **Christine van den Bos, Senior Marketing Manager Cellebrite**

Mit einem vielseitigen Angebot an Produkten, Services und Schulungen ist Digital Intelligence (DI) von Cellebrite die einzige End-to-End-Lösung, die sich nahtlos in die vor Ort vorhandene Technologie integrieren lässt und vertrauenswürdige Ergebnisse liefert. Der ganzheitliche Ansatz von Cellebrite nutzt Ihre bestehenden Technologien und organisatorischen Mittel zur Entwicklung einer auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Digital-Intelligence-Strategie. Technologische Möglichkeiten: nahtlose Integration mit branchenüblichen, am Einsatzort und bei unterschiedlichen Behörden vorhandenen Tools. Beschleunigen Sie den Ermittlungsvorgang und erhalten Sie datenbasierte Ergebnisse dank KI-gestützten, automatisierbaren Tools.

Organisatorische Möglichkeiten: Qualifizieren Sie Ihre Mitarbeiter zu Experten im Umgang mit digitalen Geräten und befähigen Sie sie, in jedem Szenario die für einen Fall wichtigen Beweise herauszufiltern.

Digital Intelligence (DI) ermöglicht den Zugriff auf digitale Daten und liefert verwertbare Erkenntnisse. Sind Sie bereit für Digital Intelligence?



Bei Ermittlungen müssen heute immer mehr digitale Daten ausgewertet werden. Daher ist es so wichtig, einmal einen ganzheitlichen Blick auf den Analyseprozess in Ihrer Behörde zu werfen. Finden Sie mit uns heraus, welchen Reifegrad Ihre Behörde erreicht hat und optimieren Sie Ihre Abläufe.

Beginnen Sie jetzt mit der Evaluation auf:

www.cellebrite.com/de/di-ready-de/

Sie erhalten einen vertraulichen Bericht via E-Mail.

Bundespolizei im Ausland – warum?

► Yvette Michel

Die Bundespolizei nimmt per gesetzlichem Auftrag vielfältige polizeiliche Aufgaben wahr, insbesondere in den Kernkompetenz-Bereichen Grenzschutz, Bahnpolizei und Luftsicherheit. Im Rahmen dieser Aufgaben ist die Bundespolizei auch auf See aktiv, leistet polizeiliche Unterstützung in den Bundesländern und -behörden, schützt Objekte des Bundes, ist in der Kriminalitätsbekämpfung tätig und nimmt internationale Aufgaben wahr. Diese Diversität an Aufgaben für die Bundespolizei wird eng flankiert durch die zunehmende internationale Kooperation, die Ausweitung der Einsatzgebiete für Bundespolizistinnen und Bundespolizisten im Ausland sowie ein gesteigertes bi- und multilaterales Engagement. Dies steht insbesondere im Zeichen der Grenzsicherheit als Grundvoraussetzung für Sicherheit in Deutschland und Europa. Daher ist es wichtig, dass über die Grenzen hinweg ein modernes Grenzmanagement gelebt wird, dessen wesentlicher Bestandteil die sogenannte Vorverlagerungsstrategie ist. Dies bedeutet die

„DEUTSCHE POLIZISTINNEN UND POLIZISTEN SIND WELTWEIT GESCHÄTZTE UND GEFRAGTE MULTIPLIKATOREN FÜR DIE VERMITTLUNG PROFESSIONELLER POLIZEIARBEIT. SIE SIND BOTSCHAFTER DER RECHTSSTAATLICHKEIT UND VORBILD FÜR VIELE STAATEN UND DEREN POLIZEIBEHÖRDEN.“

deutsche und natürlich auch europäische Umsetzung eines integrierten Grenzmanagements, um vor allem internationalen Terrorismus, Organisierte Kriminalität sowie illegale Migration bereits in den Herkunfts- und Transitstaaten zu bekämpfen und die Auswirkungen auf Deutschland und somit Europa zu reduzieren. Dabei ist polizeiliches Know-how gefragt. Deutsche Polizistinnen und Polizisten sind weltweit geschätzte und gefragte Multiplikatoren für die Vermittlung professioneller Polizeiarbeit. Sie sind Botschafter der Rechtsstaatlichkeit und Vorbild für viele Staaten und deren Polizeibehörden.

Was bedeutet dieser Schutzauftrag der Bundespolizei konkret?

Für die Bundespolizei beginnt die Vorverlagerungsstrategie – mithilfe von täglich ca. 600 bis 700 Beamtinnen und Beamten im Ausland – bei der Kooperation mit den Nachbarstaaten, erstreckt sich über das Engagement an den europäischen Außengrenzen bis hin zu Aufbau- und Beratungsprojekten oder auch gemeinsamen

Einsätzen in den Herkunfts- oder Transitstaaten von illegaler Migration. In diesem Rahmen setzt die Bundespolizei durchschnittlich 39 Verbindungsbeamte und 47 Dokumenten- und Visumberater in insgesamt 36 Ländern ein.

Was genau machen unsere Polizistinnen und Polizisten im Ausland?

Ein unerlässliches Kernelement grenzüberschreitender Zusammenarbeit ist das stetig wachsende Zusammenspiel mit der Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenwache, kurz Frontex. Deutschland fördert die Fortentwicklung der Grenzschutzagentur und ihre Rolle innerhalb der europäischen Sicherheitsarchitektur. Mit der neuen Frontex-Verordnung – in Kraft seit dem 1. Januar 2020 – werden weitergehende Kooperationsformen ermöglicht. Mit der Stärkung von Frontex geht für die Mitgliedsstaaten allerdings auch die Notwendigkeit eines größeren Engagements einher, das heißt Deutschland entsendet innerhalb der EU ohnehin die größte Anzahl an Polizistinnen und Polizisten und wird sogar noch mehr in den Einsatz schicken. Zunehmend an Bedeutung gewinnt auch die Zusammenarbeit von Frontex mit Drittstaaten. Der Fokus liegt derzeit auf Osteuropa, dem Westbalkan und Afrika. In der Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten in dem Bereich Grenzsicherheit und Grenzschutz ist Frontex die Zukunft und wird sukzessive vermehrt Aufgaben eigenständig übernehmen.

Verbindungsbeamte

Die Verbindungsbeamten der Bundespolizei sollen den Informationsaustausch auf strategischer und operativer Ebene sicherstellen. Insbesondere die mittlerweile stark in den Vordergrund getretenen Aufgaben im Bereich der Rückführung von illegal nach Deutschland eingereisten Personen zurück in ihre Herkunftsländer und Luftsicherheit, also alles, was den Transport oder das Reisen über den Luftweg betrifft, bilden hier neben den Aufgabenbereichen der Unterstützung im Bereich Ausbildungs- und Ausstattungshilfe Polizeikooperation und der grenzpolizeilichen Sicherheitskooperation die tragenden Säulen.

Dokumenten- und Visumberater und Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte (GUA)

Aufgabe der Dokumenten- und Visumberater ist es, bereits in den Herkunfts- und Transitländern der illegalen Migration die unerlaubte Einreise und Schleusung auf dem Luftweg nach Deutschland zu unterbinden. Im Jahr 2019 etwa konnten 36.902 unerlaubte Einreisen bereits im Ansatz durch Beratungstätigkeiten an den Flughäfen verhindert werden. Zusätzlich zu den Dokumenten- und Visumberatern, die ausschließlich in Drittstaaten (also außerhalb

„EIN UNERLÄSSLICHES KERNELEMENT GRENZ-ÜBERSCHREITENDER ZUSAMMENARBEIT IST DAS STETIG WACHSENDE ZUSAMMENSPIEL MIT DER EUROPÄISCHEN AGENTUR FÜR GRENZ-UND KÜSTENWACHE, KURZ FRONTEX.“

der EU) tätig sind, entsendet die Bundespolizei im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit mit einzelnen EU-Staaten sogenannte Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte (GUA), die an relevanten Flughäfen in Europa im Einsatz sind und dort ihre europäischen Kollegen beratend unterstützen.

Weltweit hat Deutschland insgesamt über 220 Auslandsvertretungen, für deren Sicherheit das Auswärtige Amt zuständig ist. Die Bundespolizei unterstützt bei potenziell gefährdeten Auslandsvertretungen (AV) mit über 250 Bundespolizistinnen und -polizisten, die zum Schutz der AV im Einsatz sind. Nicht nur, aber auch in Krisenregionen wie Afghanistan oder dem Irak stellen sie die Arbeitsfähigkeit der deutschen AV sicher oder schützen den Leiter oder die Leiterin der Vertretung. Des Weiteren beteiligte sich die Bundespolizei 2019 mit bis zu 63 eigenen Polizistinnen und Polizisten und darüber hinaus gemeinsam mit Beamten der Länderpolizeien, des Bundeskriminalamtes und der Zollverwaltung an 13 Friedensmissionen – davon fünf Missionen der Vereinten Nationen, acht der Europäischen Union und dem bilateralen Polizeiprojekt in Afghanistan (GPPT).

Ein weiteres bedeutungsvolles Instrument der deutschen Sicherheits- und Außenpolitik stellt die Polizeiliche Aufbauhilfe und Kooperation dar. Geografische Schwerpunkte liegen derzeit im Westbalkan, in Nord-, West- und Ostafrika sowie in der Sahelzone und dem Mittleren und Nahen Osten. Um bei der Ausbildung der Kooperationspartner zu unterstützen, richtet die Bundespolizei

Projektbüros ein und entsendet Experten. Durch diese konnten allein im Jahr 2019 ca. 800 bilaterale Maßnahmen durchgeführt werden.

Eine stärkere Vernetzung der für die Sicherheit zuständigen grenznahen Behörden ist ebenso unabdingbar für die effiziente Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und der Abwehr von Gefahren, auch terroristischer Bedrohungen. Neben der direkten Zusammenarbeit

der Bundespolizeiinspektionen mit den unmittelbar zuständigen Grenzpolizeibehörden der Nachbarstaaten bedarf es insbesondere in den Grenzregionen mit den Sicherheitsbehörden der Nachbarstaaten einer engen Abstimmung. Die in den bisher zehn gemeinsamen Zentren eingesetzten Polizeivollzugsbeamten der Bundespolizei gewinnen, verarbeiten und steuern Informationen für alle Aufgabenbereiche im Zuständigkeitsbereich. Beispiele bilateraler regionaler Zusammenarbeit sind auch die drei gemeinsamen deutsch-polnischen Dienststellen. Hier wird die europäische polizeiliche Zusammenarbeit jeden Tag gelebt.

Kurz: Durch das Zusammenspiel aller aufgeführten Instrumente kann der Erfolg der Vorverlagerungsstrategie durch die Leistungen und das Engagement unserer Polizistinnen und Polizisten im Ausland untermauert und fortgeführt werden. Die Bundespolizei leistet dabei für die Sicherheit in Deutschland und Europa einen gewichtigen Beitrag.



Yvette Michel ist Referentin im Referat 43, „Führung des Auslandseinsatzes“ im Bundespolizeipräsidium.“

Foto: Bundespolizei



DrugWipe® 2 S – neuer Buprenorphin und Methadontest



we detect to protect

Der Wert unserer Missionen

► **Susanne Mittag**

Stellen Sie sich vor, Sie sind als deutscher Polizist in Afghanistan. Sie übernehmen Verantwortung in einem unsicheren, klimatisch und kulturell herausfordernden Missionsgebiet. Sie beraten nicht nur den Leiter der Polizei, sondern vielleicht sogar den Minister in Fragen der Sicherheit. Stellen Sie sich vor, mit was für einem Erfahrungsschatz Sie heimkehren. Und stellen Sie sich vor... keinen interessiert's. Im Gegenteil. Sie bleiben beurteilungsmäßig zurück. Sie werden bei Beförderungen nicht berücksichtigt, weil mittlerweile andere vor Ihnen auf der Liste stehen. Und Sie erfahren keinerlei Karriereunterstützung. Im Gegenteil: Unausgesprochen wird Ihnen das Gefühl gegeben, Sie haben den Kolleginnen und Kollegen die Arbeit überlassen und waren im „Urlaub“. Aus den Augen, aus dem Sinn, so fühlt es sich für zahlreiche Polizistinnen und Polizisten an, die Jahr für Jahr von Missionen heimkehren. Es sind immerhin derzeit etwa 200, die ihren Dienst in 14 Ländern weltweit verrichten. Der Mangel an Wertschätzung, der ihnen nach ihrer Rückkehr häufig entgegengebracht wird, steht

„DOCH SO WICHTIG ES IST, LEIB UND LEBEN DER KOLLEGEN IM AUSLAND BESTMÖGLICH ZU SCHÜTZEN, SO WICHTIG IST ES – ÜBER EINEN ABSCHLIESSENDEMPFANG FÜR ALLE POLIZISTEN IM AUSLANDSEINSATZ HINAUS –, DIE FÜRSORGEPFLICHT FÜR DIE BEAMTEN ZUM AUSDRUCK ZU BRINGEN.“

in einem krassen Missverhältnis zur Bedeutung ihrer Missionen. Denn die Auslandseinsätze unserer Polizisten sind ausgesprochen wichtig. Sie untermauern unser außenpolitisches Engagement für Frieden und Rechtsstaatlichkeit. Ganz konkret beobachten die Beamten Friedensprozesse und beraten, unterstützen und bilden Polizeikräfte aus. Damit leisten sie einen Beitrag zur Stabilisierung von Regionen und Regierungen in mitunter sehr unbeständigen Gesamtsituationen. Langfristig dient dies auch unserer Sicherheit. Und dankenswerterweise sind die Beamten zunehmend besser für diese Missionen ausgerüstet. Sie verfügen beispielsweise über moderne Schutzwesten. Die sogenannten Plattenträger, die die wichtigsten Organe schützen, an den Schultern aber nur mit Trägern gehalten werden, ermöglichen es ihnen, sich besser zu bewegen und auch der vielfach herrschenden Hitze besser begegnen zu können. In Afghanistan, wo Bombenangriffe für die Taliban vielfach das Mittel der Wahl sind, verfügen die Polizisten mittlerweile über sondergeschützte Autos mit Beschussklassen, die denen der Ministerautos hierzulande gleichen. Doch so wichtig es ist, Leib und Leben der Kollegen im Ausland bestmöglich zu

schützen, so wichtig ist es – über einen abschließenden Empfang für alle Polizisten im Auslandseinsatz hinaus – die Fürsorgepflicht für die Beamten in zweierlei Hinsicht zum Ausdruck zu bringen, indem: Erstens ihre Mission im Ausland in einem rechtsstaatlich einwandfreien Rahmen stattfindet und zweitens ihnen nach ihrer Rückkehr in die Heimat mit greifbaren Ergebnissen Anerkennung gezollt wird.

Respekt zollen

Den Polizisten und ihren Auslandsmissionen Respekt zu zollen, bedeutet für mich, dass ihre Einsätze moralisch einwandfrei begründet sein müssen. Ausbildungsmissionen in Ländern, die Menschenrechte mit Füßen treten wie, z. B. Saudi-Arabien, gehören für mich nicht dazu. Wir haben ein Embargo für das Land verhängt wegen der kriegstreiberischen Handlungen im Jemen und dem Umgang der Regierung mit der eigenen Bevölkerung, insbesondere

mit Regimekritikern und Frauen. Vor diesem Hintergrund habe ich die Entsendung von Bundespolizisten dorthin zur Ausbildung des Grenzschatzes deutlich kritisiert, auch wenn es sich nur um ein sehr kleines Kontingent handelt.

Ich habe auch keinen Anlass gesehen, sie nach einer Aussetzung der Mission erneut hinzusenden. Unsere Polizisten trainieren andere Polizisten in guter Ermittlungsarbeit, im fairen Umgang mit Verdächtigen und in

der Achtung der Gesetze. Das kann nur in Ländern geschehen, in denen diese Werte auch geachtet oder erarbeitet werden. Auch wenn Saudi-Arabien nach meiner Ansicht der einzige kritische Fall ist: Aus Respekt vor den Beamten sollten wir künftig noch genauer darauf schauen, in welche Staaten wir sie entsenden. Ein die Menschenrechte missachtender Staat ist dabei ein K.O-Kriterium. Zumal wir davon ausgehen müssen, dass unsere Polizisten auch in den nächsten Jahren vielfach unterwegs sein werden, weil es die weltpolitische Lage erfordert bzw. weil unsere Allianzen es mit sich bringen. Denn unsere Polizisten sind ausschließlich im Rahmen von UN- oder EU-Mandaten unterwegs.

Leben erleichtern, Leistungen anerkennen

Doch auch hierzulande können wir dafür sorgen, den Polizisten, die einen Auslandseinsatz auf sich nehmen, das Leben zu erleichtern und ihre Leistungen anzuerkennen. Daher kämpfe ich seit Langem für den sogenannten virtuellen Stellenpool – einen Topf, aus dem die Polizisten, die von Bund und Ländern entsen-

„DAMIT HEIMKEHRENDE, DIE IN LÄNDERN WIE MALI, SUDAN ODER EBEN AFGHANISTAN IHREN STRAPAZIÖSEN DIENST VERRICHTET HABEN, NICHT MEHR DEN EINDRUCK HABEN MÜSSEN, SIE HÄTTE MIT DEM AUSLANDSENGAGEMENT IN IHREM FORTKOMMEN IM DIENST DIE PAUSE-TASTE GEDRÜCKT.“

det werden, mit Bundesmitteln bezahlt werden. Dieser virtuelle Stellenpool soll es für die Länder attraktiver machen, Polizisten ins Ausland zu entsenden. Und nicht nur für die Länder: Das Geld, das im Land verbleibt, weil der Bund die Finanzierung übernimmt, soll an die jeweilige Dienststelle gehen, die die Polizistin/den Polizisten entsendet hat. Eine solche, ganz praktische Steigerung der Attraktivität der Teilnahme an Auslandsmissionen hätte auch zur Folge, dass Rückkehrern mehr Anerkennung gezollt wird und ihre erfolgreiche Wiedereingliederung wahrscheinlicher wird. Ich freue mich sehr, dass der virtuelle Stellenpool im Bundeshaushalt 2021 erstmals Berücksichtigung findet.

Wir haben bereits konkrete Neuerungen eingeführt, wie das Fachgebiet internationale polizeiliche Beziehungen an der Deutschen Hochschule der Polizei in Hiltrup zur Beschulung von Führungskräften für internationale Polizeimissionen. Das funktioniert sehr gut. Allerdings sollten wir dort die Finanzierung noch zukunftsfest machen. Darüber hinaus brauchen wir deutliche Verbesserungen

im Dienstalltag der Rückkehrer. Denkbar wäre eine Art Punktevergabe für Auslandseinsätze, die im Ergebnis zu besseren Beförderungschancen für die Rückkehrer führten. Oder – bürokratisch vereinfacht – ein positiver Vermerk in der Personalakte, der die umfangreichen Erfahrungen würdigt und entweder zu besseren Karrierechancen führt oder zumindest zu Einsatzmöglichkeiten, in denen diese Verantwortungserfahrungen gut

abgerufen werden können. Insgesamt sollten wir einen Umgang finden, um den Kollegen, die von der Bundesregierung in mitunter heikle Auslandsmissionen geschickt werden, spürbar mehr Wertschätzung zu zollen und sie für die auch politisch wichtige Mission zu honorieren. Damit Heimkehrende, die in Ländern wie Mali, Sudan oder eben Afghanistan ihren strapaziösen Dienst verrichtet haben, nicht mehr den Eindruck haben müssen, sie hätten mit dem Auslandsengagement in ihrem Fortkommen im Dienst die Pause-Taste gedrückt.



Susanne Mittag, MdB, ist Mitglied im Innenausschuss des Deutschen Bundestages für die SPD-Fraktion.

Foto: privat

Immer und überall erreichbar mit GSM!

► Bernd Schneider, Vorstand NETZING Solutions AG

Bei Großeinsätzen und Großschadenslagen sind in der Regel Mobilfunknetze im Umkreis dieser Regionen überlastet, da die Anzahl der Sprach- und Datenkanäle für eine so hohe Nutzerzahl an diesem Standort nicht konzipiert ist.

Die Überlastung dieser Kanäle bedeutet jedoch nicht den Ausfall des jeweiligen Mobilfunknetzes, so dass aus dem Ausland mitgebrachte Roamingkarten anderer Mobilfunkprovider trotz Roaming nicht in ein anderes als das Partnernetz einbuchen. Dieses Einbuchverhalten ist bei allen Mobilfunk-Karten fest hinterlegt und kann vom Kartennutzer auch nicht verändert werden. Diese Karten buchen sich erst dann in ein anderes Netz ein, wenn das Partnernetz auch physisch ausgefallen ist. Da erfahrungsgemäß nicht alle Netze gleich belastet sind, bietet die „NETZING Roamingkarte BOS“ die Möglichkeit, in dem jeweils weniger ausgelasteten Netz zu kommunizieren.

Dies ist möglich, da die „NETZING Roamingkarte BOS“ keine zwingend vorgeschriebene Partnernetzwahl implementiert hat. Somit ist mit der „NETZING Roamingkarte BOS“ für die Einsatzkräfte nahezu immer Kommunikation über Mobilfunknetze



Foto: Netzing Solutions AG

möglich, da unsere Karten sich bei all diesen Mobilfunk Providern einbuchen können.

Sie haben selbst die freie Wahl, in welchem Netz Sie kommunizieren wollen.

Mit nur einem Mobilfunknetz wäre dies nicht möglich!

Kontakt über:

NETZING Solutions AG, Altnossener Str. 2b, 01156 Dresden
Mail: info@netzing.de / Tel.: +49 351 413810

Für den Weltfrieden

► Michael Schemke

Unter dem Namen Bund-Länder-Arbeitsgruppe „International Police Task Force“ (AG IPTF) wurde 1994 seitens der „Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder“ (IMK) der Vorläufer der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Internationale Polizeimissionen“ (AG IPM) eingerichtet. Der Namenswechsel erfolgte 2005. Dem Land Nordrhein-Westfalen wurde bereits 1994 durch die Mitglieder der AG IPM Vertrauen entgegengebracht und der damalige nordrhein-westfälische Inspekteur, Ulrich Dugas, zum Vorsitzenden der AG IPTF gewählt. Seit 2002 war der ehemalige nordrhein-westfälische Inspekteur der Polizei (IdP), Dieter Wehe, zuletzt als Pensionär unter Vertrag beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI), Vorsitzender der AG IPM.

Was mit der AG IPTF ursprünglich als Projekt geplant war, wurde zu einer dauerhaften Einrichtung. Mit der Zeit wurde die AG IPM zu einem dauerhaften Gremium der IMK mit ständigem Auftrag und Beratungs- und Entscheidungskompetenz in allen Fragen der Vorbereitung, Beteiligung und Durchführung von Auslandsmissionen. Seit ihrer Gründung im Jahr 1994 spielt die AG IPM eine zentrale Rolle in der Koordination und bei der Umsetzung internationaler Frieden-

seinsätze. Sie entsendet deutsche Polizeibeamtinnen und -beamte in diese Einsätze und setzt Standards für Auswahl, Vorbereitung und Betreuung.

Von der UN-Charta bis zur Leitlinie der AG IPM

Die Vielzahl der Konflikte weltweit verlangt eine internationale Arbeitsteilung und die Koordination von bilateralen und multilateralen Partnerschaften mittels abgestimmter ressortübergreifender Strategien, eine Aufgabe, die der Bund und die Länder u. a. mit der Beteiligung an internationalen Polizeimissionen annehmen.

Der Aufbau einer gut funktionierenden und wehrhaften Polizei im jeweiligen Land stellt eine Kernvoraussetzung für den Friedensprozess dar. Den internationalen Polizeimissionen kommt die Aufgabe zu, das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei

als Garant für die öffentliche Sicherheit zu gewinnen.

Die Entsendung von deutschen Polizeibeamtinnen und -beamten in internationale Friedenseinsätze unterstützt das in der Präambel der Charta der Vereinten Nationen aufgeführte Prinzip, „unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale

Sicherheit zu wahren“. Mit Artikel 2 des Vertrags von Lissabon vereinbarten die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union im Jahre 2007, die Förderung des Friedens als ein wesentliches Ziel festzuschreiben. Mit der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ wurde am 25. September 2015 auf einem Gipfel der Vereinten Nationen von allen Mitgliedsstaaten ein Referenzrahmen, für eine gerechtere, nachhaltigere und friedlichere Welt unterzeichnet, um weltweit die Voraussetzungen für ein Leben in Würde zu ermöglichen. Hierbei wurde „Frieden“ nicht nur als einer der fünf Grundpfeiler vereinbart, sondern auch explizit als eines der siebzehn Entwicklungsziele unter dem Leitgedanken „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ für nachhaltige Entwicklung festgelegt. Zur nationalen Umsetzung wurde im Januar 2017 durch das Bundeskabinett die Deut-

*„FÜR FRIEDEN UND SICHERHEIT BEI UNS
MÜSSEN WIR AUCH DORT HELFEN, WO UN-
FRIEDEN UND UNSICHERHEIT HERRSCHEN!“*



Einsätze für den Frieden basieren auf einer Kaskade von Normen von den Vereinten Nationen über den Vertrag von Lissabon bis Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und darüber hinaus.

Foto: Zerbor, stock.adobe.com

sche Nachhaltigkeitsstrategie 2016 verabschiedet. Die Leitidee der Leitlinien für die gemeinsame Beteiligung des Bundes und der Länder an internationalen Polizeimissionen (Leitlinien der AG IPM) greift diese Selbstverpflichtung auf: „Für Frieden und Sicherheit bei uns müssen wir auch dort helfen, wo Unfrieden und Unsicherheit herrschen!“

Die Arbeit der AG IPM

Das Wirken der AG IPM wurde über die letzten 18 Jahre entscheidend vom ehemaligen IdP NRW, Dieter Wehe beeinflusst. Die guten, von ihm maßgeblich geprägten Strukturen, werde ich als neuer Vorsitzender für mein Wirken nutzen. Bei Bedarf werden in Abstimmung mit den Mitgliedern der AG IPM diese Strukturen überprüft und gegebenenfalls verändert, neue Konzepte erarbeitet oder eigene Ideen vorangetrieben. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf der Beteiligung aller Akteure liegen. Arbeiten im Team bedeutet auch die bewusste Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Positionen. Konflikte bringen jede Organisation nach vorne. Wenn alle im Einklang immer das Gleiche denken würden, gäbe es kein Entwicklungspotenzial. Kontroversen sollten von allen Beteiligten stets offen ausgetragen werden, dazu gehört, dass man für die Argumente des Gegenübers stets offen bleibt und

die gegenseitige Wertschätzung nicht leidet. Die verschiedenen Positionen aufzunehmen, zu respektieren und gemeinsam zu einem sinnvollen Ganzen zusammenzuführen, ist eine Grundvoraussetzung, um erfolgreich zu sein. Klarheit, Transparenz und Dialog sind dafür in der Zusammenarbeit unerlässlich.

Erfolg heißt auch, dass Deutschlands Ansehen im Bereich der internationalen Polizeimissionen erhalten beziehungsweise weiter ausgebaut wird, da andere Nationen aufholen. Dazu ist es erforderlich, das deutsche Netzwerk im Themenfeld internationale Polizeimissionen nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen. Mit der Besetzung von Schlüsselfunktionen im Ausland kann Deutschland erfolgreich Einfluss nehmen.

In NRW wurde bereits mit der „Förderrichtlinie Internationale Polizeimissionen“ die Voraussetzung für die Besetzung von Schlüsselfunktionen geschaffen.



Michael Schemke, Inspekteur der Polizei NRW, hat am 01.11.2020 den Vorsitz der AG IPM übernommen.

Foto: Ministerium des Innern NRW



MXP600

SICHERHEIT IM EINSATZ, HEUTE UND IN ZUKUNFT



**EINSATZKRITISCHES
TETRA-
HANDSPRECHFUNKGERÄT**



**KOMPAKT
UND
BENUTZERFREUNDLICH**



**ZUKUNFTSSICHER
DURCH
KOLLABORATION**



**NIEDRIGE
GESAMTBETRIEBS-
KOSTEN**

**Erfahren Sie mehr unter
www.motorolasolutions.com/MXP600**

Motorola Solutions Germany GmbH, Telco Kreisell 1, 65510 Idstein, Germany. MOTOROLA, MOTO, MOTOROLA SOLUTIONS sowie das stilisierte M-Logo sind Marken oder eingetragene Marken der Motorola Trademark Holdings, LLC und werden unter Lizenz verwendet. Alle anderen Marken sind Eigentum ihrer jeweiligen Inhaber. © 2020 Motorola Solutions, Inc. Alle Rechte vorbehalten. (11-20)



Internationale Polizeimissionen aus Sicht einer Polizeihochschule

► Robert Nerud

UNTAG – United Nations Transition Assistance Group: Nur wenige werden mit diesem etwas sperrig anmutenden Namen einer Mission der Vereinten Nationen noch etwas anfangen können. Und doch steht sie für den ersten Einsatz deutscher Polizisten 1989 in einer internationalen Friedensmission – damals in Namibia. Ein Einsatz, der die deutsche Polizei fünf Jahre begleitete und den exzellenten Ruf unserer Kolleginnen und Kollegen im Auslandseinsatz begründete.

Im Verbund mit den beiden Trainingsinstituten der Bundespolizei

„DIE KERNAUFGABE DES TRAININGSINSTITUTES BESTEHT IN DER AN DEN ANFORDERUNGEN DER MANDATSGEBER UND DEN TÄTIGKEITSPROFILEN IN DEN MISSIONEN ORIENTIERTEN FORTBILDUNG.“

in Lübeck und der Polizei NRW in Brühl stellt der Institutsbereich Polizeiliche Auslandseinsätze am Institut für Fortbildung der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg (HfPolBW, vormals: „Geschäftsstelle Polizeiliche Auslandseinsätze“ an der Akademie der Polizei Baden-Württemberg) in Böblingen bereits seit 1995 die notwendige Expertise und Infrastruktur bereit, um deutsche Polizistinnen und Polizisten des Bundes und der Länder sowie zivile Experten optimal für Ihren Einsatz im Missionsgebiet vorzubereiten.

Personalauswahl und -management

Das Gros der Auslandsverwendungen ist durch komplexe Aufgabenstellungen geprägt. Vor allem bei Erstverwendungen sind die damit verbundenen, ungewohnten Funktionen und Aufgaben eine Herausforderung. Überdies sind die Gefährdungslagen in vielen Einsatzgebieten kritisch, was zu teils außerordentlich einschränkenden Rahmenbedingungen für Arbeit und Leben im jeweiligen Einsatzland führt. Aus diesem Grund müssen die Interessentinnen und Interessenten für polizeiliche Auslandsmissionen vor dem Einsatz und der entsprechenden Fortbildung ein anspruchsvolles Auswahlverfahren absolvieren. In Baden-Württemberg wird dies durch den Institutsbereich Polizeiliche Auslandseinsätze durchgeführt.

Motivation, Adaptionsfähigkeit, Leistungsbereitschaft und Kommunikationsfähigkeit sind einige der Anforderungen, die in den gemeinsam mit Eignungsdiagnostikern entwickelten Modulen

getestet werden. Sportliche Belastungstests und ein am gemeinsamen europäischen Referenzrahmen orientierter Sprachtest für die englische Sprache runden das Verfahren ab.

Fortbildung

Die Kernaufgabe des Trainingsinstitutes besteht in der an den Anforderungen der Mandatsgeber und den Tätigkeitsprofilen in den Missionen orientierten Fortbildung.

Diese Fortbildungen gliedern sich in Basisseminare, in denen grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten für internationale Auslandsmissionen vermittelt werden, Spezialseminare und explizit auf das jeweilige Einsatzland fokussierte Vorbereitungsseminare, die die Polizistinnen und Polizisten auf die Besonderheiten ihres bevorstehenden Einsatzes vorbereiten.

Die für Auslandsmissionen vorgesehenen Polizistinnen und Polizisten verfügen über langjährige praktische Erfahrungen und Kompetenzen aus der Kriminal-, Schutz- und Verkehrspolizei. Dies betrifft beispielsweise bürgernahe Polizeiarbeit, komplexe Ermittlungen in der organisierten Kriminalität bis hin zu anspruchsvollen Stabs- und Führungsaufgaben. Die Hauptaufgabe des Institutsbereichs Polizeiliche Auslandseinsätze besteht darin, die Polizistinnen und Polizisten darin zu befähigen, diese Erfahrungen und Kompetenzen in internationalen polizeilichen Einsatzmissionen unter Berücksichtigung der jeweiligen politischen, kulturellen und häufig sensiblen Sicherheitslage einzubringen.

Ein besonderes Augenmerk der Fortbildung liegt dabei auf dem Rollenwechsel. Während die Polizistinnen und Polizisten in ihren Heimatdienststellen in der Regel mit operativ tätig sind, sind in den Auslandsverwendungen vor allem auch beratende Aufgaben und Lehrtätigkeiten zu bewältigen.

Die Trainingsinstitute in Böblingen, Brühl und Lübeck ergänzen sich thematisch. So bildet der Institutsbereich Polizeiliche Auslandseinsätze in Böblingen neben englischer Sprachfortbildung das Kompetenzzentrum für die Themenbereiche Bürgernahe Polizeiarbeit, Sexuelle Gewalt in Krisengebieten (SGBV), Mediation und die Rolle von Frauen im Friedensprozess. Im Hinblick auf die Einsatzgebiete liegt der Schwerpunkt des Institutsbereichs Polizeiliche Auslandseinsätze bei Libyen, Somalia, Irak und den palästinensischen Autonomiegebieten.

Die Seminare des Institutsbereichs Polizeiliche Auslandseinsätze stehen grundsätzlich allen zivilen, polizeilichen und militärischen Experten offen. Bei der Zusammensetzung der Lehrgänge wird darauf geachtet, Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus möglichst unterschiedlichen Bereichen zusammenzuführen und dadurch

einen gewinnbringenden Erfahrungsaustausch zu initiieren. So hat es sich im SGBV-Seminar bewährt, Polizisten und Polizistinnen sowie Juristen und Juristinnen mit Blick auf die enge Zusammenarbeit in den Missionen bereits gemeinsam fortzubilden und die jeweiligen Perspektiven in die Seminargestaltung einfließen zu lassen. Bereits seit Jahren erfolgt dies im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit mit Unterstützung einer Juristin der Swedish Courts Administration als Co-Trainerin.

Europäische und weltweite Netzwerke

Bereits seit 2017 ist der Institutsbereich Polizeiliche Auslandseinsätze Netzwerkpartner der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsakademie (ESDC). Die Fortbildungsangebote der mehr als 50 ESDC-Netzwerkpartner bilden europaweit ein umfangreiches Spektrum für zielgerichtete Fortbildung, die naturgemäß auch Spezifika zu Missionen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) aufweisen. Der Austausch mit benachbarten Trainingsinstituten in ständigen Arbeitsgruppen bietet hier einen wichtigen Rahmen zu fachlichem Austausch, Koordinierung und Partnerschaften.

Im Verbund der United Nations Police (UNPOL) der Vereinten Nationen (VN) ist der Institutsbereich Polizeiliche Auslandseinsätze ebenfalls in der Gremienarbeit zu Friedensmissionen verankert

und leistet derzeit aktive Mitarbeit in der VN-Arbeitsgruppe zur Überarbeitung weltweit gültiger Standardmaterialien zur Fortbildung in bürgernaher Polizeiarbeit (community-oriented policing).

Ausblick

Mit Blick auf die steigenden Anforderungen auch für deutsche Polizistinnen und Polizisten zur Bewältigung der zusehends anspruchsvolleren Aufgaben im weltweiten Missionsgeschehen wird eine fundierte Fortbildung weiter an Bedeutung gewinnen. Ein Schlüssel hierzu liegt im weiteren Ausbau und der Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit polizeilicher Bildungseinrichtungen. Der Institutsbereich Polizeiliche Auslandseinsätze wird sich auch weiterhin aktiv in den entsprechenden Kooperationsnetzwerken auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene einbringen.



Robert Nerud, Polizeioberrat, ist Leiter des Institutsbereiches „Polizeiliche Auslandseinsätze“ am Institut für Fortbildung der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg.

Foto: privat



FORCE PROTECTION IS OUR MISSION.



SURVIVOR R SONDERWAGEN NEUESTER GENERATION

- Basierend auf einem Großserienfahrgestell der MAN
- Schadstoffarm nach neuestem Euro 6 Standard
- Kosteneffiziente Logistik und günstige Lebenswegkosten
- Hohes geschütztes Innenvolumen für bis zu 10 Personen
- Modular adaptierbarer Zusatzschutz
- Weltweiter Support durch Rheinmetall und MAN Service Netzwerk

www.rheinmetall-defence.de/survivor

Aus- und Fortbildung sowie Forschung an der DHPol

► Lars Wagner

Der Bedarf an hochqualifizierten und spezialisierten polizeilichen Führungskräften in internationalen Einsätzen steigt kontinuierlich. Ein im Jahr 2016 verabschiedeter Bundestagsbeschluss (Drucksache 18/9662) fordert deshalb die Bundesregierung auf, ihr Engagement beim Einsatz von Polizistinnen und Polizisten in internationalen Friedensmissionen zu stärken und auszubauen. Zu diesem Zweck solle u. a. ein damit befasstes Fachgebiet an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) gegründet werden. Die im Jahr 2017 verabschiedeten Leitlinien der Bundesregierung, „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“, formulieren zudem den Anspruch, Fähigkeitslücken zu erkennen und aus Erfahrungen aus Engagements in fragilen Kontexten zu lernen. Das im Jahr 2018 gegründete Fachgebiet „Internationale Polizeiliche Beziehungen“ (FG IPB) an der DHPol leistet zur Umsetzung dieser politischen Zielsetzungen wichtige Beiträge.

Ausbildung

Der erste Pfeiler der Arbeit des FG IPB ist es, internationale polizeiliche Bezüge verstärkt in die Ausbildung des höheren polizeivollzuglichen Dienstes zu integrieren. Ziel ist es, die internationale Qualifikation der Absolvent(inn)en der DHPol zu verbessern und so deren Bewerbungschancen für internationale Verwendungen zu erhöhen. Durch die Besetzung von Führungsfunktionen sollen die Wirkungen deutscher Polizeifachlichkeit auf internationaler polizeilicher Ebene gesteigert werden.

Dieses Vorhaben wird in verschiedenen Maßnahmen umgesetzt. Im Rahmen des Master-Studiengangs „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“ können Studierende im Modul 10 „Europäische polizeiliche Kooperationen sowie nationale und internationale polizeiliche Zusammenarbeit“ und hier in der Lehrveranstaltung 6 „Die Praxis europäischer und internationaler Zusammenarbeit“ umfangreiche Kenntnisse zu internationalen polizeilichen Bezügen erwerben. Dieses Wissen können sie im Wahlpflichtmodul „Polizeiliches Engagement in internationalen Friedensmissionen der UN, der EU und in bilateralen Projekten“ und, darauf aufbauend, in ihrer Master-Arbeit vertiefen. Schließlich haben Absolventen der DHPol die Möglichkeit, mit der Unterstützung des EU-Programms Erasmus+ Praktika in den 27 EU-Mitgliedsstaaten und in weiteren Drittstaaten zu realisieren.

Die didaktische Aufbereitung von Auslandserfahrungen und die Rezeption dieser Erfahrungen durch die Studierenden in den genannten Veranstaltungen sowie die spätere Nutzung des vermittelten Wissens in der beruflichen Praxis werden dazu beitragen, dass die Polizeiorganisation den Auslandseinsatz sowie die Abordnung (Sekundierung) von Polizeibeamt(inn)en in internationale Kontexte nachhaltiger in personalpolitische, organisatorische und strategische Abläufe integrieren kann. Langfristig wird dies zu einer verbesserten Internationalisierung der deutschen Polizei beitragen, insbesondere auf der Führungsebene, und damit den einleitend genannten politisch-strategischen Zielsetzungen entsprechen.

Fortbildung

Zweitens bietet das FG IPB umfangreiche Fortbildungen für bereits im Dienst befindliche Führungskräfte der Polizeien von Bund und Ländern an. Schwerpunkt sind internationale und europäische Verwendungsmöglichkeiten deutscher sowie europäischer und internationaler Polizeivollzugsbeamter. Das Angebot des FG IPB umfasst Arbeitstagungen, Workshops, Führungskräftetrainings und Seminare zu internationalen polizeilichen Einrichtungen wie z. B. Interpol, Europol und Frontex sowie zu Themen wie z. B. Joint Investigation Teams, Kriegsverbrechen, internationalen Missionsmandatgebern und Polizeimissionen.

Ergänzt wird dieses Angebot durch neue Fortbildungsformate im Rahmen der europäischen polizeilichen Fortbildungseinrichtungen. Beispielsweise wurden im Auftrag der EU-Agentur für das Training von Strafverfolgungsbeamten Fortbildungskurse in den Themenfeldern Führung von Polizeieinsätzen im Ausland, Vorbereitung

für internationale Polizeimissionen und Train-the-Trainer-Kurse entwickelt.

Darüber hinaus wird gemeinsam mit dem Bundeskriminalamt (BKA) im Rahmen des Ausbildungs- und Ausstattungshilfeprogramms der Bundesregierung für ausländische Polizeikräfte (AAH-P) jährlich ein zweimoduliges, zertifiziertes Internationales Polizeiliches Führungskräftetraining (IPM) durchgeführt. Teilnehmer sind polizeiliche Führungskräfte aus arabischen, nord- und zentralafrikanischen Staaten.

Schließlich richtet das FG IPB im Jahr 2021 bereits etablierte

„DURCH DIE BESETZUNG VON FÜHRUNGSFUNKTIONEN SOLLEN DIE WIRKUNGEN DEUTSCHER POLIZEIFACHLICHKEIT AUF INTERNATIONALER POLIZEILICHER EBENE GESTEIGERT WERDEN.“

europäische und internationale Fortbildungsmodul für die strategische Führungsebene nationaler, europäischer und internationaler Polizeiführungskräfte an der DHPol aus, z. B. die International Police Advisory Masterclass (IPAM).

Forschung

Der oben genannte Bundestagsbeschluss beauftragt das FG IPB insbesondere mit der systematischen Auswertung erfolgreicher Einsätze und der Sicherung des dabei gewonnenen Wissens sowie der erworbenen Kompetenzen und darauf aufbauend mit der konzeptionellen Weiterentwicklung internationaler Polizeimissionen (IPM). Zu diesem Zweck entwickelt das FG IPB ein wissenschaftlich belastbares und umsetzbares Konzept zur Evaluation von IPM. Ziel ist es, die besonderen Aufgaben und Kompetenzen von IPM und die damit verbundenen organisatorischen Herausforderungen für die Polizei zu erfassen und zu berücksichtigen. In einem ersten Schritt wurde in einer Metastudie der aktuelle Forschungsstand zum Thema herausgearbeitet.

Weiterhin ist das FG IPB Mitglied des Effectiveness of Peace Operations Network (EPON). Am Netzwerk nehmen rund 30 internationale Organisationen und internationale Experten auf dem Gebiet der Evaluation von internationalen Friedensmissionen teil. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit beteiligte sich das FG IPB im

Juli 2019 an einer externen Evaluation der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik (MINUSCA).

Schließlich führt das FG IPB eine Exante-Evaluation im Rahmen des AAH-P-Programms in Tunesien durch. Das Ziel der Evaluation ist es, basierend auf einer umfassenden Analyse des Durchführungskonzeptes des AAH-P-Programms in Tunesien, der BPol und dem BKA Empfehlungen für die Definition von Zielen, Maßnahmen, erforderlichen Ressourcen und Wirkungskriterien für die anstehende Projektphase (2021 bis 2024) zu übermitteln.

Auf diesen Ergebnissen aufbauend werden perspektivisch weitere Forschungsprojekte zu Prozess- und Wirkungsevaluationen deutscher polizeilicher Engagements im Ausland und zur Förderung der Teilnahme von deutschen Polizist(inn)en an internationalen Friedensmissionen der UN und der EU sowie an bilateralen Projekten entwickelt und beantragt.



Lars Wagner leitet das Fachgebiet „Internationale Polizeiliche Beziehungen“ an der Deutschen Hochschule der Polizei.

Foto: privat

Wegweisend in der Verkehrssicherheit

- Die Standby Gruppe entwickelt, produziert und vertreibt innovative Warnsysteme in Europa, mit Standorten in Deutschland, Schweden, Frankreich, England und Finnland.
- Hier in Deutschland, in Dinslaken, arbeiten wir gemeinsam mit unseren Kunden an den Lösungen von Morgen, um die Sicherheit im Straßenverkehr durch unsere Produkte weiter zu erhöhen.
- Neuentwicklungen wie das MSG – ein zweifarbig und modular aufgebautes Display (siehe Abb.) werden auf die individuellen Fahrzeuge angepasst und sind vielseitig einsetzbar.
- Wir beraten Sie gerne **„Standby – when attention matters“**

Standby GmbH
Hünxer Straße 330
46537 Dinslaken
Germany

Telefon +49 2064-60197-0
Telefax +49 2064-60197-99
E-Mail info@standby.gmbh
WEB: www.standby.gmbh

STANDBY
when attention matters.

Gesetzesbrechern mit Pedelecs auf der Spur

► Roger Lewentz

Im Polizeialltag gibt es auch in diesen Zeiten noch Momente, die einen schmunzeln lassen. Kürzlich wurde eine Pedelec-Streife der Polizei in Worms auf einen roten Lamborghini aufmerksam, der auch auf kurzen Strecken stark beschleunigte und den PS-starken Motor laut aufheulen ließ. Der Pkw konnte angehalten und der Fahrer einer Verkehrskontrolle unterzogen werden. Die polizeiliche Kontrolle durch die Fahrradpolizisten fand gegenüber einer bekannten Eisdielen statt, was zu einer hohen öffentlichen Aufmerksamkeit führte. Die Polizisten erteten erheblichen Beifall und Zustimmung. Der Fahrer wurde durch die Polizisten gebührenpflichtig verwahrt.

**„DIE PEDELEC-STREIFEN BEWÄLTIGEN
UNTERSCHIEDLICHSTE EINSATZLAGEN –
UND DAS ZU JEDER TAGES- UND NACHT-
ZEIT UND BEI JEDER WITTERUNG,
AUSGENOMMEN SCHNEE-
UND EISGLÄTTE.“**

Auch solche Maßnahmen nehmen die Polizistinnen und Polizisten wahr, die seit Juni 2020 Pedelec-Streife fahren. Am 4. Juni haben wir den Startschuss für den Pilotbetrieb zum Einsatz von Pedelecs bei der Polizei gegeben.

Um zu schauen, ob Elektrofahräder für den täglichen (Fahrrad-) Streifendienst der Polizei Rheinland-Pfalz in Ober- und Mittelzentren geeignet sind, setzt das Polizeipräsidium Mainz derzeit insgesamt sechs Elektrofahräder für die polizeilichen Zweiradstreifen in den Städten Mainz und Worms ein. Die Pedelec-Streifen bewältigen unterschiedlichste Einsatzlagen – und das zu jeder Tages- und Nachtzeit und bei jeder Witterung – ausgenommen Schnee- und Eisglätte.

„Berittene“ Polizei kommt leichter ins Gespräch

Die herkömmlichen Fahrradstreifen der Polizei sind bereits seit Jahren in unseren Innenstädten im Einsatz. Die „berittene“ Polizei steht in einem unmittelbaren Kontakt zu den Bürgern und kommt so leichter ins Gespräch als die Polizistinnen und Polizisten, die im Streifenwagen für Sicherheit sorgen. Dadurch tragen sie zu mehr Bürgernähe und einer Erhöhung des Sicherheitsgefühls bei. Mit Fahrrädern können auch Einsätze in topografisch schwierigem Gelände oder auf Radwegen und in Parks bewältigt werden, die mit den Streifenwagen kaum erreichbar sind. Der Einsatz der Fahrrad-

streifen hat sich auch in der Verkehrssicherheitsarbeit durch die spezifische Überwachung und Ahndung von Verkehrsverstößen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Radverkehr, bewährt. Darüber hinaus ist ein stetiger Anstieg des Radverkehrs und der Nutzung von E-Scootern zu beobachten. Mit dieser Entwicklung muss auch die Polizei Schritt halten.

Ziel-Dreiklang

Ziele der herkömmlichen Fahrradstreifen, und jetzt auch der Pedelec-Streifen, sind also vorrangig die Steigerung der Verkehrssicherheit, die Kriminalitätsbekämpfung, Maßnahmen zur Prävention sowie die Stärkung der objektiven und subjektiven Sicherheit in der Bevölkerung.

Die Polizei geht davon aus, dass die Vorteile der herkömmlichen Fahrradstreifen mit den Pedelecs noch gesteigert werden kann. Neben der Erschließung neuer Einsatzgebiete durch einen erweiterten Einsatzradius wird auch ein kräfteschonenderer Einsatz der Polizeibeamtinnen und -beamten ermöglicht.

Auch die Bestreifung von Wohngebieten in den Abend- und Nachtstunden, beispielsweise zur Vorbeugung und Aufklärung von Wohnungseinbrüchen, wird erprobt. Ein Streifenwagen ist weithin sichtbar, mit einem Fahrrad kann sich die Polizei hingegen lautlos und unauffälliger nähern und die eingesetzten Polizistinnen und Polizisten nehmen deutlich mehr wahr als die Kollegen im Auto. Weitere neue Aufgabenfelder können auch Fahndungsmaßnah-



Der Startschuss für den Einsatz von Pedelecs bei der Landespolizei Rheinland-Pfalz fiel im Juni 2020.

Foto: Mdl RLP

men oder die Unterstützung bei Vermisstensuchen sein. Die Pedelec-Streife kann im Bedarfsfall jederzeit angefordert und von der Führungszentrale eingesetzt werden.

Steigerung der E-Mobilität

Der Einsatz von Pedelecs dürfte, jenseits der einsatztaktischen Überlegungen, zudem die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit als moderne dynamische Polizei stärken. Der Pilotstart hatte zahlreiche positive Reaktionen ausgelöst, insbesondere bei der jüngeren Zielgruppe. Das klimaschonende Einsatzmittel kommt gut an. Mit der Erprobung von Elektrofahrzeugen im täglichen Streifendienst kann die Polizei die E-Mobilität in der Fuhrparkflotte steigern und wichtige Hinweise zum Einsatz alternativer dienstlicher Fortbewegungsmittel – gerade im städtischen Raum – gewinnen. Das Pedelec stellt gerade in den Innenstädten eine umweltfreundliche Ergänzung zum Streifenwagen dar.

Eine Evaluation ist nach der zweijährigen Erprobungsphase vorgesehen. Dabei werden beispielsweise gefahrene Kilometer, getroffene Maßnahmen, Kosten und persönliche Erfahrungen der Einsatzkräfte ausgewertet und anschließend wird bewertet,

„DER EINSATZ VON PEDELECS DÜRFTE, JENSEITS DER EINSATZTAKTISCHEN ÜBERLEGUNGEN, ZUDEM DIE WAHRNEHMUNG IN DER ÖFFENTLICHKEIT ALS MODERNE DYNAMISCHE POLIZEI STÄRKEN.“

ob sich die Pedelec-Streifen bewährt haben und sich auch für andere Dienststellen eignen.

Doch auch jetzt wissen Lamborghini-Fahrer in Worms schon, dass man sich vor Polizistinnen und Polizisten auf Stahlrössern ganz besonders in Acht nehmen muss.



Roger Lewentz (SPD) ist Staatsminister im Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz.

Foto: MDI RLP

Vorteil Verbund

► Stefan Kindsvater, Produktmanager KASIGLAS®-Sicherheitsscheiben

Sichere Einsatzfahrzeuge können in schwierigen Einsatzlagen durchaus auch zur Deeskalation beitragen: Sind die Beamten darin gut geschützt und der Wagen manövrierfähig, kann auf härtere Maßnahmen wie etwa Androhung des Schusswaffengebrauchs verzichtet werden.

Das primäre Angriffsziel der Gefährder sind natürlich die Windschutzscheiben. Hier muss leider ganz klar festgestellt werden, dass die zuweilen immer noch verbauten Produkte aus einlagigem Kunststoff nicht mehr dem Stand der Technik entsprechen: Sie können bei Schlägen auf den Scheibenrand, wo diese starr auf der Karosserie aufliegen, brechen. Dadurch wird nicht nur die Sicht des Fahrers eingeschränkt und die Flucht erschwert: Im schlimmsten Fall entstehen dabei Risse, durch die zum Beispiel brennbare Flüssigkeiten ins Fahrzeuginnere gelangen können. Dieses Problem wird entschärft durch Verbund-Sicherheitsscheiben aus mehreren Kunststofflagen wie etwa KASIGLAS® der KR D Sicherheitstechnik GmbH, die die Schlagenergie intern deutlich besser ableiten können. Bei KR D sind diese Produkte sogar mit offizieller Straßenzulassung zu haben. Unter bestimmten Voraussetzungen gilt dies sogar für ihren Einsatz in der Frontscheibe – KR D war die erste Firma weltweit, der dieser technische Quantensprung gelang.

Verbund-Scheiben erlauben zudem die Integration weiterer Funktionen: Zum Beispiel von Scheibenheizungen, robusten



Hightech im Dienst der Polizei: Blick auf die Kante einer KASIGLAS®-SCS-V-Clear-Seitenscheibe mit ECE-R43-Straßenzulassung in einem aktuellen Mercedes Sprinter-Modell. Die Fräskante wurde versiegelt, dennoch ist der hochsichere Hightech-Verbundaufbau aus zwei Sicherheitskunststoff-Lagen mit flexibler Zwischenschicht gut zu erkennen.

Foto: Dr. Stefan Albus, KR D Sicherheitstechnik GmbH

Blendkeilen und wärmebremsenden Pigmenten, die helfen, das Fahrzeugklima an heißen wie an kalten Tagen erträglicher zu halten. Ebenso auf der KR D-Agenda: Schaltbare Scheiben, die von opak auf transparent umgestellt werden können. Denn auch Durchblick schafft Vertrauen.

Kontakt:

Stefan Kindsvater
Produktmanager KASIGLAS®-Sicherheitsscheiben
KR D Sicherheitstechnik GmbH
Vierlander Str. 2, 21502 Geesthacht
info@kasiglas.de / www.kasiglas.de

Bodycams sind Mittel der Deeskalation

► Peter Beuth

Leider nimmt auch in Hessen die Gewalt gegen Polizeibeamte seit Jahren zu. Allein im vergangenen Jahr wurden mehr als 4.000 Polizisten als Opfer von Übergriffen registriert. Eine zu Beginn des Jahres in Hessen durchgeführte Polizeistudie hat gezeigt, dass neun von zehn Schutzpolizisten schon mindestens einmal im Dienst körperlich angegriffen wurden.

„WIR NEHMEN DIESE VERROHUNG GEGENÜBER UNSEREN POLIZEIBEDIENSTETEN NICHT HIN.“

Solche Attacken hinterlassen bei den Kolleginnen und Kollegen nicht nur körperliche Spuren. Für jeden zweiten Polizeibeschäftigten sind solche Erlebnisse auch emotional sehr belastend. Wir nehmen diese Verrohung gegenüber unseren Polizeibediensteten nicht hin. Bereits in den vergangenen Jahren haben wir daher kontinuierlich für mehr Solidarität mit Einsatzkräften geworben und gleichzeitig die persönliche Schutzausrüstung unserer Polizistinnen und Polizisten verbessert.

Als kluges Einsatzmittel, welches unsere Polizisten im Dienstalltag präventiv vor Übergriffen schützt, hat sich in den vergangenen Jahren die Bodycam erwiesen. Hessen hat die Bodycam als erstes Bundesland bereits seit fünf Jahren im Einsatz. 2013 wurde sie zunächst in Frankfurt am Main erprobt, ehe sie 2015 landesweit eingeführt wurde. Die jahrelangen Erfahrungen hessischer Polizeivollzugsbeamter haben gezeigt, dass durch den Einsatz der Bodycam die Kooperationsbereitschaft in Konfliktsituationen bei polizeilichen Kontrollsituationen deutlich gestiegen ist.

Die Möglichkeit einer beweis- und gerichtsfesten Aufnahme durch Polizisten führte zu einem spürbaren Rückgang des aggressiven und unkooperativen Verhaltens. Darüber hinaus verhindert der Einsatz der Bodycam etwaige Solidarisierungseffekte bei Kontrollmaßnahmen beziehungsweise die Einmischungen von unbeteiligten Dritten. Auch innerhalb der Bevölkerung und der Öffentlichkeit gibt es eine hohe Akzeptanz und die Bodycam wird überwiegend positiv wahrgenommen.

Weitere Beschaffungen stehen bevor

Bereits heute sind bei der hessischen Polizei rund 400 Kameras erfolgreich im Einsatz, weitere 400 Kompaktgeräte werden zeitnah angeschafft. Da rund 100 Geräte der ersten Generation sukzessive ausgetauscht werden, stehen dann perspektivisch 700 moderne Bodycams in Hessen zur Verfügung. So kann künftig in jedem

hessischen Streifenwagen eine Bodycam vorgehalten werden, die dann je nach aktueller Lage in Brennpunktbereichen zum Einsatz kommen kann.

Den Schutz der Kollegen durch technische Innovationen zu verbessern und dies auf das gesamte Land auszuweiten, ist nur eine Komponente unseres hessischen Maßnahmenpakets. Bereits in den vergangenen Jahren haben wir die persönliche Schutzausrüstung unserer Polizisten um wichtige Elemente erweitert. Schutzwesten mit integriertem Stichschutz, Körperschutzausrüstungen, ballistischer Hals-Schulter-Tiefschutz, Schnittschutzschals, schnittfeste Arbeitshandschuhe sowie weitere ballistische Schutzausrüstungen für Not-Interventionskräfte wurden neu angeschafft. Mit dem Distanzelektroimpulsgerät, dem sogenannten "Taser", steht den Beamten, nach einer umfangreichen Erprobungsphase im Jahr 2017, darüber hinaus eine moderne Distanzwaffe für besondere Einsatzsituationen zur Verfügung.

Anschlags- und Amoktaten mit schwer bewaffneten Tätern haben uns in den vergangenen Jahren auf schreckliche Weise verdeutlicht, dass die Polizei auch für solche Szenarien gerüstet sein muss. Mit der neuen Mitteldistanzwaffe, dem G 38, geben wir den Kolleginnen und Kollegen die notwendige Durchschlagskraft im Kampf gegen Schwerverbrecher und gefährliche Fanatiker an die Hand. Der Schutz unserer Polizisten hat für uns oberste Priorität. Deshalb investieren wir in ihre moderne Ausstattung. Als genauso wichtig erachte ich es aber, dass sie im täglichen Dienst den Respekt, die Anerkennung und die Dankbarkeit sowie das Vertrauen der gesamten Gesellschaft entgegengebracht bekommen.

„DEN SCHUTZ DER KOLLEGEN DURCH TECHNISCHE INNOVATIONEN ZU VERBESSERN UND DIES AUF DAS GESAMTE LAND AUSZUWEITEN, IST NUR EINE KOMPONENTE UNSERES HESSISCHEN MASSNAHMENPAKETS.“



Peter Beuth (CDU) ist Hessischer Minister des Innern und für Sport.

Foto: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Erfolgreiche Polizeiarbeit durch Know-how, Tools und Compliance

IT-Sicherheit, Datenschutz, Business Continuity und Digitalisierung

Highlights 2021

Open Source Intelligence

- **Grundkurs*:**
09.-10.02., Frankfurt am Main
07.-08.09., Berlin
- **Fortgeschrittenenkurs*:**
13.-14.02., Frankfurt am Main
12.-13.10., Berlin

Ermittlungen

- **Lernpfad Darknet (Einstiegs- und Vertiefungswebinar plus Praxiskurs*; auch einzeln buchbar):**
16.03.-25.03., online/ Köln
08.06.-17.06., online/ Stuttgart
21.09.-05.10., online/ Berlin
- **Einsteigerkurs Netzwerkforensik*:**
28.-29.04., Berlin
24.-25.11., Köln

Polizei und Datenschutz

- **Datenschutz bei der Polizei*:**
02.-03.12., Berlin
- **Datenbanksicherheit im Big-Data Management*:**
03.03., Berlin
16.11., Köln

IT-Sicherheit

- **Threat Intelligence Einstiegswebinar:**
25.02. online / 02.09. online
Workshop*:
04.03., Berlin
09.09., Frankfurt am Main
- **Deep Fakes und Implikationen für die Behörden- und Unternehmenssicherheit*:**
09.03., Berlin
09.11., Köln
- **Einführung in die Schadsoftwareanalyse*:**
09.-11.03., Berlin
14.-16.09., Köln

Details, Anmeldung und das komplette Programm auf: www.cyber-akademie.de/events

*je nach Covid-19-Lage werden Präsenzworkshops als Online-Seminare angeboten. Der Termin sowie die Seminardauer und -Inhalte werden beibehalten.

Außentragehüllen erhalten

► Konrad Herkenrath

Wie auch andere Bundesländer und Bundesbehörden führt die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern für den Bereich der Schutzpolizei eine sogenannte Außentragehülle (ATH) ein. Mit diesem Ausrüstungsgegenstand trägt der Dienstherr den Anforderungen an eine zeitgemäße Ausstattung Rechnung, verbessert die Sichtbarkeit und erhöht die Trageakzeptanz der Schutzkleidung. Außerdem schafft er so neue Möglichkeiten des Tragens vorhandener sowie der Befestigung neuer, künftig einzuführender Führungs- und Einsatzmittel (FEM).

Über alledem steht jedoch das Hauptargument für die Einführung der ATH, nämlich den Gesundheitsschutz für die Beamtinnen und Beamten zu verbessern. Dienstwaffe, Holster, Taschenlampe, Handschuhe, Ersatzmagazin, Schreibutensilien, Funkgerät, Handfessel und einiges mehr führen die Beamtinnen und Beamten im

„ÜBER ALLEDEM STEHT JEDOCH DAS HAUPTARGUMENT FÜR DIE EINFÜHRUNG DER ATH, NÄMLICH DEN GESUNDHEITSSCHUTZ FÜR DIE BEAMTINNEN UND BEAMTEN ZU VERBESSERN.“

täglichen Dienst mit. Rein vom Gewicht her sind das in der Summe etwa 3,5 Kilogramm. Sicher nicht viel, wird mancher denken. Überblickt man jedoch die Verteilung, wird schnell klar, dass der weit überwiegende Teil ausschließlich am Gürtel befestigt wird und somit der Beckenbereich punktuell das meiste Gewicht zu tragen hat. Daneben treffen die FEM auch immer wieder mit der Inneneinrichtung und Ausstattung der Dienst-Kfz aufeinander. Es drückt, kneift und belastet diesen sensiblen Bereich dann zusätzlich.

Arbeitsgruppenphase vorgeschaltet

Die ATH bietet zukünftig die Möglichkeit, die am Gürtel getragenen FEM individuell auch auf die Weste zu verlagern. Dafür verfügt das ausgewählte Modell über ein flexibles Schlaufensystem, an dem sich unter anderem Taschen oder auch Adapter anderer Verbindungssysteme anbringen lassen. Zudem sind im Schulterbereich diverse Elemente angebracht, die beispielsweise die Befestigung des Funkgerätes erlauben.

Der nunmehr erfolgten Beschaffung ging eine Arbeitsgruppenphase unter Federführung des Landesamtes für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz Meck-

lenburg-Vorpommern mit Beteiligung der Anwender, der Einsatztrainer sowie des Polizeiärztlichen Dienstes, der Fachkraft für Arbeitssicherheit und dem Hauptpersonalrat voraus. Dort wurde das vorliegende Modell für die Anforderungen der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern entwickelt.

Kernpunkte Flexibilität und Kompatibilität

Mit jeder ATH wird ein Taschensatz, bestehend aus vier unterschiedlich dimensionierten Multifunktionstaschen, ausgegeben, sodass ausreichend Stauraum vorhanden ist. In Verbindung mit dem Oberschenkelholster, das zeitgleich als neues Standardholster eingeführt wird, lässt sich der jetzt noch besonders beanspruchte Beckenbereich deutlich entlasten. Die ATH ist aber weit mehr als ein reines Tragesystem. Sie nimmt die bisher von den Beamtinnen und Beamten in den Unterziehschutzwesten verwendeten ballistischen Schutzkomponenten auf, wodurch die Handhabung der Schutzausrüstung deutlich einfacher wird. Im Gegensatz zur Unterziehschutzweste kann sie mühelos abgelegt werden. Ein großer Vorteil, insbesondere in der warmen Jahreszeit.

Neben den ergonomischen Gesichtspunkten waren auch Flexibilität und Kompatibilität weitere Kernpunkte im Entwicklungsprozess für das Modell der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern. Durch das gewählte Layout mit dem bereits beschriebenen Schlaufensystem lassen sich beispielweise ohne großen Aufwand neue Ausrüstungsgegenstände oder FEM, wie etwa eine Bodycam, anbringen. Optional ausziehbare, fluoreszierende und reflektierende Elemente auf Vorder- wie Rückseite können zwar die Warnwesten nicht ersetzen, erhöhen jedoch bei Bedarf die Erkennbarkeit der Beamtinnen und Beamten deutlich.



Konrad Herkenrath ist Leiter der Abteilung „Polizei; Brand- und Katastrophenschutz“ im Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin.

Foto: Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern



Maßgeschneiderte Sonderfahrzeuge für jeden Bedarf.

Customized special vehicles for every need.



CARL FRIEDERICHS GMBH

Schlitzer Straße 10
60386 Frankfurt am Main

+49 69 94100438

+49 69 9410046703

export@cf-frankfurt.de





Verbrechen löst man nicht am Schreibtisch. Außer man hat ihn dabei. Der Vito.

Nicht nur Polizisten müssen auf alles vorbereitet sein, ihr Fahrzeug muss es auch. Dank seiner Ausstattung wird der Vito zur mobilen Wache: Die Bestuhlung des Fahrgastraumes kann variabel gewählt werden und abklappbare Arbeitstische sind in Zusammenarbeit mit renommierten Aufbauherstellern optional integrierbar. Zudem ist der Vito auf Wunsch mit dem eigens entwickelten Polizeisitz für Fahrer und Beifahrer erhältlich. Als interaktiver Streifenwagen kann er ganzheitlich an die Leitstelle angebunden werden. Weitere Informationen unter www.mercedes-benz.de/polizei

Mercedes-Benz

